

# Stärker in die Zukunft

**Die heisse Phase für die kantonalen Wahlen ist eingeläutet. Die SP kämpft mit einer glaubwürdigen Politik und klaren Aussagen und will im Parlament die stärkste Fraktion bleiben.** Irène Marti Anliker

In der Schweiz sorgen sich aktuell viele Menschen: «Verliere ich meinen Job?» – «Kann ich die Krankenkasse noch bezahlen?» – «Kriege ich genug Rente, oder werde ich zum Sozialfall?» «Macht denn niemand etwas gegen die Klimaerwärmung?» – «Hat mein Kind Chancen auf eine Lehrstelle?» Es gehört zum Selbstverständnis von uns SP-Mitgliedern, dass wir uns mit Herzblut und Verstand für mehr Gerechtigkeit, für mehr Menschlichkeit, für Fairness und für die Umwelt einsetzen. Die SP ist die Partei, die Menschen auch in schwierigen Situationen nicht einfach sitzen lässt. Die Kampagne für die Grossratswahlen will genau das zu den Menschen bringen.

Die SP fokussiert im Wahlkampf auf wenige Schwerpunkte und formuliert klare Botschaften. Die vom Parteitag verabschiedete Wahlplattform spricht fünf aktuelle Themen an und zeigt Lösungen auf, damit sich die Menschen weniger Sorgen machen müssen.

## Sichere Jobs

Die SP kämpft für den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir fordern Konjunkturprogramme für Zukunftsinvestitionen. Wir wollen schlecht isolierte Gebäude sanieren und mit erneuerbaren Energien bei uns Arbeitsplätze schaffen. Wir kämpfen gegen Arbeitslosigkeit und für eine Arbeitslosenversicherung, welche Halt in schwierigen Zeiten gibt. Jugendliche

benötigen in der Krisenzeit spezielle Unterstützung für einen guten Start ins Berufsleben.

## Sichere Renten

Ein flexibler Eintritt in den Ruhestand muss für alle Arbeitnehmenden möglich sein und die Renten sollen allen ein würdiges Leben im Alter ermöglichen, nicht nur den Vielverdienenden. Deshalb wehren wir uns gegen

Stromproduktion, welche auf die Umwelt und die Menschen Rücksicht nimmt und Arbeitsplätze schafft. Wir wollen, dass endlich kräftig in Windturbinen, Wasserkraft und Solardächer investiert wird, und so aus der ruinösen Atomenergie aussteigen.

## Bezahlbares Gesundheitswesen

Mit tieferen Medikamentenpreisen, zukunftsfähigen Versorgungsstrukturen und einer Krankenkasse für alle können Kosten fair gesenkt werden. Es braucht mehr Prämienverbilligungen, mehr Prävention und eine bessere Betreuung von chronisch Kranken

## Gute Bildung

Wir wollen gute und faire Zukunftschancen für alle Kinder, darum braucht es individuelle Fördermassnahmen statt Selektion, genügend Kindertagesstätten, genügend Lehrstellen und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Das Wichtigste am 28. März wird aber sein, ob wir unsere Wählerinnen und Wähler an die Urne bringen. Darum müssen wir allen klarmachen: Wer zuhause bleibt, wählt bürgerlich – denn die Bürgerlichen mobilisieren kräftig.

Ich wünsche uns allen einen kraftvollen, kreativen und engagierten Wahlkampf. Danke schon jetzt für jeden Einsatz.

**GIBT ES EINE PARTEI, DIE MICH NICHT SITZEN LÄSST?**

Grossratswahlen 28. März, [www.spbe.ch](http://www.spbe.ch)

ja 

Abbaupläne bei der AHV und bei den Pensionskassen. Am 7. März kämpfen wir für ein klares Nein zu den überstürzten Rentenkürzungen.

## Saubere Energie

Die SP hat Rezepte für eine klimafreundliche Energiezukunft: effiziente Energienutzung, eine

## TSCHOU

### Gute Bilanz

Traditionsgemäss hat die SP/JUSO-Fraktion im Januar Bilanz über die vergangene Legislatur gezogen und diese den Medien präsentiert. Arbeitsplätze schaffen, erneuerbare Energien

fördern und für bezahlbare Gesundheit sorgen waren die Hauptziele der SP/JUSO-Fraktion 2006–2010. Es gab in diesen



Bereichen einige Erfolge zu feiern. So hat die SP/JUSO mit ihrem Vorstoss zur Förderung von Sanierungen mit Gebäudeenergieausweisen und zum Ersatz von Elektrowiderstandsheizungen ein Förderprogramm angestossen, das Investitionen von 150 Mio. Franken auslöst. Damit werden der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gesenkt und gleichzeitig erneuerbare Energien gefördert und Arbeitsplätze geschaffen. Den Prämienhöhungen – Abbild der hohen Gesundheitskosten – tritt die SP entschieden entgegen. Die SP/JUSO forderte erfolgreich die Aufwertung der Hausarztmedizin und den Aufbau von Gesundheitszentren. Damit soll die Grundversorgung im ganzen Kanton gewährleistet werden, auch wenn der für die Kostensenkung notwendige Spitalbettenabbau kommt. Ein grosser Erfolg war Anfang der Legislatur das Ja zum Volksvorschlag zur Steuergesetzrevision. Der Volksvorschlag steht für Steuersenkungen mit Augenmass und senkt die Steuern für diejenigen, die es am nötigsten haben, nämlich für die Familien. Gleichzeitig blieben damit die Kantonsfinanzen im Lot und der Service public konnte erhalten bleiben.

Margreth Schär

Fraktionspräsidentin SP/JUSO



**Irène Marti Anliker**  
Parteipräsidentin  
SP Kanton Bern



«Die Deutungshoheit über die aktuellen politischen Herausforderungen zurückgewinnen»: Gastreferent Thomas Christen, Generalsekretär der SP Schweiz.



Der junge Ostschweizer Slampoet Renato Kaiser unterhält die SP-Mitglieder am Parteitag mit einer fulminant-satirischen Rede «zur Lage der Nation».

KANTONALER PARTEITAG DER SP BASEL-STADT IN RIEHEN

## «Die SP im Aufbruch»

**Die Riehener Gesamterneuerungswahlen und die Herausforderungen künftiger Gesundheits- und Spitalpolitik waren die thematischen Schwerpunkte am Parteitag der SP Basel-Stadt vom 6. Januar in Riehen.** Dieter Wüthrich

«Wir haben viel erreicht in unserer neuen Rolle als Regierungsmehrheit. Haben wir uns deshalb sogar schon zu sehr daran gewöhnt?» Diese Frage stellte Parteipräsident Martin Lüchinger an den Anfang seiner Rede zum Parteitag. Und gab auch gleich die Antwort, warum dieser das Motto «Die SP im Aufbruch» trug. «Angesichts der neuen Kräfteverhältnisse im Grossen Rat seit den Wahlen 2008 müssen wir weiterkommen und unser Profil schärfen.» Einerseits strebten die bürgerlichen Parteien eine drastische Reduktion der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung an, andererseits forderten die gleichen Parteien dauernd weitere Steuergeschenke an die ohnehin schon Privilegierten ein. Weitere Steuersenkungen würden indessen zwangsläufig dazu führen, dass dem Staat die notwendigen Mittel entzogen würden, um seine Kernaufgaben in den Bereichen des Gesundheitswesens, der

sozialen Sicherheit und der Bildung wahrzunehmen. «Dagegen müssen und werden wir uns als SP mit aller Kraft wehren.»

Der Aufbruch der Partei werde indessen nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es der SP wieder besser gelinge, die Menschen mit einer klaren und einfachen, aber nicht vereinfachenden Sprache von ihrer Politik zu überzeugen, mahnte der Parteipräsident abschliessend.

### «Der Kampf um die Deutungshoheit»

In eine ähnliche Richtung zielten die Ausführungen von Gastreferent Thomas Christen, Generalsekretär der SP Schweiz. «Wenn wir auf den aktuellsten Sorgenbarometer schauen, sind es vier Themen, welche die Leute am meisten beschäftigen: Arbeitslosigkeit, Gesundheitswesen, Altersvorsorge und soziale Sicherheit.» Gleichwohl sei vor allem

das Thema «Ausländer» in den Medien omnipräsent. Es sei deshalb Aufgabe der SP aufzuzeigen, dass die wahren Probleme in einer Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen, welche den Menschen schleichend den Boden unter den Füssen wegzieht. Vor allem aber müsse es der Partei gelingen, «die Deutungshoheit über die aktuellen Herausforderungen, über die Fragen und Antworten der aktuellen Zeit wieder zu erlangen».

### Stimmungsbild zum Gesundheitswesen

In zwei Grundsatzreferaten skizzierten SP-Nationalrätin Silvia Schenker und SP-Grossrat Philippe Macherel die Rahmenbedingungen künftiger nationaler und kantonaler Gesundheits- und Spitalpolitik. Im Fokus ihrer Ausführungen standen dabei insbesondere der Vorschlag der SP Schweiz zur Schaffung einer Einheitskrankenkasse, das System der so genannten «Managed care» (Vernetzung medizinischer Dienstleister) sowie die mögliche Auslagerung der staatlichen Spitäler in Basel-Stadt aus der kantonalen Verwaltung. Anhand eines Chancen-Ri-

siken-Profiles nutzten die Parteimitglieder die Möglichkeit, ihre Haltung zu den drei Themen zu definieren. Diese Meinungen der Basis sollen nun als Gedankenanstösse in die weitere Debatte zur Gesundheits- und Spitalpolitik in den verschiedenen Parteigremien einfließen.

### Eine Plattform für die Lokalpolitik

Aus aktuellem (Wahlkampf-)Anlass nutzte auch die SP Riehen die Plattform des kantonalen Parteitages. Gemeinderätin Irène Fischer und Gemeinderatskandidat Roland Lötcher vermittelten ihren Parteikolleginnen und -kollegen aus der Stadt einen informativen Überblick über die aktuellen Themen der Riehener Lokalpolitik. Besondere Erwähnung fand dabei das Projekt eines Naturbades an der Wiese als Ersatz für die alte Riehener Badi.



Dieter Wüthrich  
Co-Leiter Parteisekretariat  
SP BS



OLTEN SÜDWEST

# SP muss Kompass neu ausrichten

**In Olten steht ein ganzer Stadtteil zum Verkauf, und wir diskutieren heftig, wer der Käufer sein soll. Ein privater Zürcher Investor hat das Geld bereitgelegt und will auf den 20 Hektaren der ehemaligen Zementfabrik Hunziker 2000 günstige Wohnungen bauen. Grosse Teile der Bevölkerung wollen kein Billig-Ghetto, sondern eine hochwertige Oeko-Siedlung. Andere wollen einen Baggersee. Oder eine Motocross-Bahn. Und eine Volksinitiative verlangt, dass die Stadt das Gelände kauft und selbst bewirtschaftet.** Alex Capus

Was will die SP? Das ist schwer zu sagen. Es war eine SP-dominierte Stadtregierung, die ein aktives Engagement der Stadt ablehnte und dem privaten Investor den Vorzug gab. Die SP-Basis hingegen beschloss an einem Parteitag letzten Sommer, die Volksinitiative für einen städtischen Kauf von Olten Südwest zu unterstützen. Die SP-Fraktion des Gemeindeparlaments wiederum erteilte im Dezember der Nichteinmischungspolitik des Stadtrats einstimmig ihren Segen. Und der SP-Sektionspräsident schliesslich – das bin ich selbst – gehört zu den Erstunterzeichnern der Initiative.

## Mono-Überbauung oder Gleichgewicht?

So viele unterschiedliche Haltungen, und alle haben ehrbare Motive. Die Regierung hält es im Interesse der Stadtentwicklung für vordringlich, dass auf dem brachliegenden Gelände endlich etwas geschieht. Die SP-Fraktion kritisiert an der Initiative, dass die Stadt nichts kaufen könne, wo es keinen Verkäufer gibt. Und die Initianten befürchten, dass eine auf kurzfristigen Profit ausgerichtete Mono-Überbauung die Stadt wirtschaftlich, ökologisch und sozial aus dem Gleichgewicht bringen könnte.

## Unterschiedliche Meinungen müssen Platz haben

Als Sektionspräsident teile ich die Ansicht, dass in einer grossen demokratischen Partei wie der SP unterschiedliche Meinungen selbstverständlich Platz haben müssen. Richtig und

**Richtig und gesund ist auch, dass die Basis nicht immer dasselbe will wie Fraktion und Regierung.**

gesund ist auch, dass die Basis nicht immer dasselbe will wie Fraktion und Regierung, oder umgekehrt. In der Sache Olten Südwest allerdings bin ich persönlich der Meinung, dass die SP Olten ein bisschen ihren Kompass verloren hat und nicht mehr so recht weiss, wo links und rechts ist. Aus sozialdemokratischer Sicht scheint mir selbstverständlich, dass die öffentliche Hand eine aktive Liegenschaftspolitik zu betreiben hat; so steht es auch im Leitbild der SP Olten. Es scheint mir klar, dass man aus linker Perspektive misstrauisch sein muss, wenn ein Zürcher Monopolkapitalist auftaucht und zwecks Mehrung seines Profits einen ganzen Stadtteil kaufen will. Für mich ist klar, dass die wenigen verbliebenen Landreserven im

Interesse der Öffentlichkeit bewirtschaftet werden müssen. Und wer kann das besser: die öffentliche Hand oder ein Zürcher Kapitalist?

## Wichtig sind die Bedürfnisse der Menschen und der Blick nach vorne

Letztlich meine ich, dass die Debatte zurückzuführen ist auf einen typisch oltnerischen Mangel an Selbstvertrauen. So viel Land verwalten – das können wir doch gar nicht. Das überlassen wir lieber einem privaten Billigbauer und hoffen, dass trotzdem etwas Rechtes dabei rauskommt. Dies führt zum bizarren Resultat, dass die SP die Interessen des Kapitals vertritt und eine aktive städtische Immobilienpolitik ablehnt. Kann daraus etwas Gutes entstehen? Die SP muss wieder ihren Kompass hervorheben und nachschauen, wo's aus sozialdemokratischer Sicht langgeht. Wichtig sind die Bedürfnisse der Menschen, nicht die Profite eines privaten Investors. Gewiss hatte die SP Olten in den Jahren der Regierungsmehrheit eine städtische Politik kollegial mitzutragen, die nicht immer sozialdemokratischen Grundsätzen entsprechen konnte, aber diese Zeiten sind seit der letztjährigen Wahlniederlage vorbei. Wenn die SP-Fraktion im Parlament weiter politisiert, als müsse sie einer verlorenen Regierungsmehrheit gegenüber loyal sein, ist dies für die Bevölkerung wenig hilfreich. Die Zuversicht ist gross, dass der Wind dreht und das Selbstvertrauen steigt.

Alex Capus  
ist SP-Sektionspräsident  
in Olten



## Sorgenbarometer

Wie sähe Dein persönlicher Sorgenbarometer aus? Jedenfalls gibt es ein «offizielles» Sorgenbarometer. Dafür werden in der Schweiz jährlich über 1000



repräsentativ ausgewählte Stimmberechtigte befragt. Auf den vorderen Plätzen des Sorgenbarometers 2009

sind weder die Schweinegrippe noch das Minarettthema zu finden. Nein, es sind ganz konkrete und reale Probleme und Ängste, die die Schweizer Bevölkerung beschäftigen. Nachfolgend die häufigsten Nennungen auf die Frage «Welches sind heute Ihrer Meinung nach die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz?». Platz 1: Arbeitslosigkeit 66 Prozent, Platz 2: Gesundheitswesen 36 Prozent, Platz 3: Altersvorsorge 36 Prozent, Platz 4: Soziale Sicherheit 31 Prozent, Platz 5: Finanzkrise 29 Prozent. Diese Gewichtung zeigt klar, wo der Schuh drückt: Es sind sozialpolitische Fragen. Die Angst vor dem Stellenverlust und dessen Folgen, der Druck steigender Kosten und Krankenkassenprämien im Gesundheitswesen. Die Sorge um die soziale Sicherheit allgemein und natürlich die Folgeprobleme, die die Finanzkrise ausgelöst hat. Diese Realität deckt sich mit meiner Wahrnehmung. 2009 war ein ganz schwieriges Jahr. Jugendliche hatten Probleme mit dem Einstieg ins Berufsleben. Tausende Arbeitnehmende verloren in der Krise ihren Job. Über 225 000 Menschen sind auf Arbeitssuche. Auch 2010 stehen die Folgen der Wirtschaftskrise im Zentrum. Sie müssen bewältigt werden. Und zwar sozial.

**Max Chopard-Acklin** von Nussbaumen ist SP-Nationalrat.

David Zehnder



### STRUKTUREFORM DER KANTONALPARTEI

# Parteitag heisst Reformweg gut

**Am Parteitag vom 11. Januar wurde die Strukturreform für die SP Aargau von der Projektgruppe vorgestellt und nach eingehender Diskussion im Grundsatz beschlossen. Vom 15. Februar bis zum 10. März läuft die Vernehmlassung zu den Grundsätzen in Bezirken, Sektionen, Interessengruppen und der Grossratsfraktion. Für den Parteitag vom 8. Mai wird die Genehmigung der neuen Statuten traktandiert.** Katharina Kerr

Diese Reform ist überfällig, die SP Aargau als Nonprofit-Organisation braucht endlich Strukturen, die den Dampfer steuerbar machen: So argumentierten die meisten Rednerinnen und Redner an diesem sehr gut besuchten Parteitag im Aarauer Grossratsgebäude. Fragen kamen vor allem aus dem Fricktal, auch ein abweichender Vorschlag von Ursula Nakamura. Am Ende der von Parteipräsident Marco Hardmeier geleiteten Diskussion aber wurde das von der Parteileitung vorgeschlagene Gerüst der neuen Führungsstruktur von den Delegierten einstimmig bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Grossrätin Kathrin Nadler (Lenzburg) stellte das Grundlagenpapier der Projektgruppe vor. Im

wesentlichen besteht die Reform in einer Entflechtung der Zuständigkeiten nach Grundsätzen der richtigen Geschäftsführung (good governance). Kein bisher eingebundenes Organ und keine Gruppierung wird ausgeschlossen; die Entscheidungsprozesse sind so angelegt, dass eine breite Meinungs-

## Die SP Aargau braucht Strukturen, die den Dampfer steuerbar machen.

bildung weiterhin erfolgen kann. Das Parteipräsidium erhält mehr Entscheidungskompetenzen, eine kleinere Geschäftsleitung nimmt die Prozessverantwortung (Controlling) in allen Bereichen wahr, und die Konferenz der Präsidien, in der neu die Interessengruppen und die Basisvertretungen

arbeiten, hat strategische Aufgaben. Die Grossratsfraktion wird als ausführendes Organ der Partei definiert und organisiert sich zwar selber, soll ihre Entscheide aber mit der Partei abstimmen. Das Parteisekretariat als zentrale Dienstleistungsstelle für Partei und Grossratsfraktion setzt die Beschlüsse und Entscheide um. Der Parteitag bleibt das letztinstanzliche Gremium mit abschliessender Entscheidungskompetenz. Besondere Aufmerksamkeit soll der internen und externen Kommunikation zukommen.

Die Projektgruppe, bestehend aus Beat Frischknecht, Barbara Loppacher, Barbara Kunz-Egloff, Ruedi Lanz und Kathrin Nadler, erhielt viel Lob für ihre professionelle Arbeit.

Das Grundlagenpapier ist online abrufbar: [www.sp-aargau.ch/uploads/media/100111\\_dokument\\_projektgruppe\\_strukturreform.pdf](http://www.sp-aargau.ch/uploads/media/100111_dokument_projektgruppe_strukturreform.pdf).



**Katharina Kerr**  
von Aarau ist Redaktorin von links.ag.